

**18. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**des Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)**

vom 07. Januar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Januar 2020)

zum Thema:

**Ortsumfahrung Ahrensfelde: Wie geht es nach der Einigung zwischen Berlin und Brandenburg weiter? (II)**

und **Antwort** vom 22. Januar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Jan. 2020)

Senatsverwaltung für  
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

**A n t w o r t**  
**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/22018**  
**vom 7. Januar 2020**  
**über Ortsumfahrung Ahrensfelde: Wie geht es nach der Einigung zwischen Berlin**  
**und Brandenburg weiter? (II)**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie weit ist die Aktualisierung der Planungsunterlagen für die Ortsumfahrung Ahrensfelde?

Frage 2:

Unter welchen Gesichtspunkten werden die Eckpunkte aktualisiert?

Antwort zu 1 und 2:

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Momentan werden die Planfeststellungsunterlagen auf Basis der neuen Kartierung von Flora und Fauna (Durchführung 2018/2019) sowie des neuen Regelwerkes (Richtlinien) aktualisiert.

Frage 3:

Welche Verkehrsprognosen werden zugrunde gelegt?

Antwort zu 3:

Die im Jahr 2011 ausgelegten Planfeststellungsunterlagen basieren auf der Projektprognose 2025. Eine Aktualisierung der Projektprognose erfolgt nach Einführung der Verkehrsprognose 2030 des Landes Brandenburg.

Frage 4:

Welche Änderungen an Gesetzes- und Vorschriftenwerken werden berücksichtigt?

Antwort zu 4:

Folgende neue Vorschriften werden bei der Aktualisierung berücksichtigt:

- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.V.m. Brandenburgischem Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) und dem Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege von Berlin (Berliner Naturschutzgesetz - NatSchG Bln),
- Richtlinie für die Anlage von Autobahnen (RAA)
- Richtlinie für die Anlage von Landstraßen (RAL)
- Richtlinie für die Standardisierung des Oberbaues von Verkehrsflächen (RStO)
- Aktuelle Fassung des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR)
- Wasserhaushaltsgesetz (WHG) – Anforderungen nach der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Frage 5:

Welche Aktualisierungen erfolgen hinsichtlich der Kartierung und der erforderlichen Eingriffs- und Ausgleichsbilanz?

Antwort zu 5:

Faunistische Kartierungen wurden im Untersuchungsraum (im geplanten Baufeld) für folgende Artengruppen aktualisiert bzw. neu erhoben: Brutvögel, Reptilien (insb. Zauneidechse), Amphibien, holzbewohnende Käferarten, Fledermäuse, Ameisen. Des Weiteren erfolgte eine Aktualisierung der Biotoptypenkartierung.

Die Ergebnisse aus den Faunistischen Erhebungen fließen in den Artenschutzfachbeitrag ein. Dieser wird im Zusammenhang mit der Landschaftspflegerischen Begleitplanung (LBP) erstellt. Letztere wird ebenfalls aktualisiert. In diese fließen neue Ergebnisse der Kartierungen ein sowie Anpassungen durch neue technische Planung im Straßenbau (Nachbilanzierung der Eingriffe gemäß Handbuch LBP und der Berliner Systematik zur Bilanzierung von Eingriffen), sowie Änderungen aufgrund von begründenden Einwendungen zu den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen des LBP.

Frage 6:

Welche Ausgleichsmaßnahmen sollen infolge der geplanten Ortsumfahrung wann realisiert werden?

Antwort zu 6:

Der Zeitpunkt der beabsichtigten Realisierung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen kann erst mit Fertigstellung des Landschaftspflegerischen Begleitplanes mitgeteilt werden. Die Information kann dann den Maßnahmeblättern entnommen werden.

Frage 7:

Soll im Rahmen des ab Mitte 2020 angekündigten fortgesetzten Planfeststellungsverfahrens für die Ortsumfahrung Ahrensfelde das begonnene Anhörungsverfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange erneut durchgeführt oder soll es abgeschlossen werden? Auf welcher rechtlichen Grundlage beruht die getroffene Entscheidung?

Antwort zu 7:

Das derzeit ruhende Anhörungsverfahren soll fortgeführt werden. Der Vorhabenträger wird die aktualisierte Planung als Deckblattplanung einreichen.

Die Durchführung des Anhörungsverfahrens erfolgt gemäß § 1 Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes Brandenburg (VwVfGBbg) bzw. § 1 Gesetz über das Verfahren der Berliner Verwaltung (VwVfG BE) i.V.m. §§ 72 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) unter Beachtung der Maßgaben des § 17a Bundesfernstraßengesetz (FStrG).

Frage 8:

Welche Beteiligungsmöglichkeiten für die Bevölkerung – informell und formell – sind im weiteren Verfahren vorgesehen?

Antwort zu 8:

Für die Ortsumgehung Ahrensfelde fanden in der Vergangenheit bereits mehrere Informationsveranstaltungen für die Öffentlichkeit statt. Am 15.01.2020 war eine weitere öffentliche Informationsveranstaltung des Projektes in der Gemeinde Ahrensfelde.

Die aktualisierte Planung wird im Rahmen des Anhörungsverfahrens in den betroffenen Gemeinden zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt. Des Weiteren wird die Planunterlage im Internet zugänglich gemacht.

Frage 9:

Sollen bereits während des laufenden Planfeststellungsverfahrens Ausführungsplanungen und Vergabeunterlagen erstellt sowie Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden?

Antwort zu 9:

Nein.

Frage 10:

Welcher Zeitpunkt für den Baubeginn wird angestrebt und mit welcher Dauer wird gerechnet?

Antwort zu 10:

Belastbare Angaben zu Baubeginn und -zeitraum sind aufgrund des derzeitigen Bearbeitungs- und Verfahrensstandes nicht möglich.

Frage 11:

Inwiefern setzt sich der Senat gegenüber Brandenburg für die Realisierung eines 30-Minuten-Takts mit dem RB 25 nach Werneuchen und die Realisierung eines zweiten Bahnsteigs in Blumberg ein?

Antwort zu 11:

Im Zusammenhang mit der Stärkung des Stadt-Umland-Verkehrs ist auch ein attraktives Schienenverkehrsangebot als alternative zum motorisierten Individualverkehr (MIV) ein wichtiger Baustein. Die Linie RB 25 ist derzeit in einem Verkehrsvertrag mit einer Laufzeit bis in das Jahr 2024 organisiert. Mit der weiteren Konkretisierung der Ausgestaltung des Wohnungsbaus in den Gemeinden entlang der RB 25 ist auch eine Ausweitung der Kapazitäten und ggf. auch der Fahrtenhäufigkeit auf der RB25 denkbar. Das Land Brandenburg hat für die Linie RB 25 im Landesnahverkehrsplan eine Verdichtung auf einen 30-Minuten-Takt vorgesehen, die aktuelle Gutachterkonzeption zum Deutschlandtakt enthält hier ebenfalls zwei Leistungen je Stunde.

Um bei Einführung von zwei Fahrtenangeboten je Stunde auf der RB 25 den Halt Blumberg ebenfalls zweimal stündlich bedienen zu können, ist dort die Errichtung eines weiteren Bahnsteiges notwendig. Aufgrund der territorialen Zuständigkeit erfolgt die Planung und Umsetzung der Bahnsteigerrichtung durch das Land Brandenburg. Nach Kenntnis des Senates wird dieser Prozess vom Land Brandenburg derzeit aktiv betrieben.

Frage 12:

Welche Pläne verfolgen Senat und Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Radverkehrs?

Antwort zu 12:

Besondere Planungen für Radverkehrsverbindungen im unmittelbaren Grenzbereich zwischen Ahrensfelde und Berlin-Marzahn gibt es momentan abgesehen von den im Zusammenhang mit dem Bau der Ortsumfahrung zu schaffenden Radverkehrsanlagen nicht. Zwei der nach Ahrensfelde führenden Zufahrtsstrecken im Norden Marzahns sollen aber für den Radverkehr verbessert werden: Der Radweg an der Straßenbahntrasse soll in den nächsten Jahren grundsaniert und teilweise verbreitert werden. Die Märkische Allee soll in den kommenden Jahren nach und nach mit Radverkehrsanlagen ausgestattet werden.

Frage 13:

Gibt es aktuell Verständigungen mit den Brandenburger Aufgabenträgern, den Busverkehr weiter auszubauen?

Frage 14:

Der Senat hat bereits darauf verwiesen, dass er dazu bereit sei, einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs entsprechend der territorialen Zuständigkeit zu finanzieren (Drs. 18/13918). Welche konkreten Vorstellungen zur Verbesserung der Angebote des ÖPNV hat der Senat?

Antwort zu 13 und 14:

Die Fragen 13 und 14 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Angebot in diesem Bereich (Linien 259, 390, 893) wurde erst in den letzten Jahren in enger Abstimmung mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) und dem Landkreis Barnim als zuständigen Aufgabenträger überarbeitet und ausgebaut. Zum Fahrplanwechsel am 15. Dezember 2019 wurde die Buslinie 390, welche den in Berlin liegenden S-Bahnhof Ahrensfelde mit Gemeinde Ahrensfelde (Landkreis Barnim) verbindet, bis zum Kaufpark Eiche verlängert. Planungen für darüberhinausgehende Angebotserweiterungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bestehen derzeit nicht und wären aufgrund der territorialen Zuständigkeit federführend vom Landkreis Barnim zu erarbeiten. Die beteiligten Akteure stimmen sich regelmäßig unter Koordination des VBB zu künftigen möglichen Entwicklungen ab.

Berlin, den 22.01.2020

In Vertretung

Ingmar Streese  
Senatsverwaltung für  
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz